

## **Interpellation von Luzian Franzini, Anne Hänel und Martin Affentranger bezüglich Förderung des Bauens im Bestand**

Werden bestehende Gebäude erweitert statt abgerissen, bietet dies vielfältige Vorteile. Es ist ökologisch sinnvoll, da die CO<sub>2</sub>-Emissionen deutlich geringer sind und deutlich weniger Bauabfall anfällt, wodurch weniger Deponien gebraucht werden.

In sozialer Hinsicht kann das Weiterbauen dazu führen, dass mehr günstiger Wohnraum erhalten bleibt, denn die Mieten steigen bei einer baulichen Erweiterung teilweise weniger stark als bei einem Ersatzneubau. Wenn beim Sanieren und Erweitern von Gebäuden deren identitätsstiftende Elemente erhalten bleiben, stärkt dies darüber hinaus eine gute Baukultur und die Verbundenheit mit dem Wohnort.

Da ältere Bauten oft nicht den neuesten Vorschriften entsprechen, sind Umbauten und Erweiterungen komplex, langwierig und teilweise aus rechtlichen Gründen gar nicht möglich. Wegen den hohen regulatorischen Hürden entscheiden sich Bauherrschaften deshalb oft dazu, Gebäude abzureissen und mit Neubauten zu ersetzen.

Um Bauen im Bestand zu vereinfachen, soll im Kanton Zürich die Baugesetzgebung angepasst werden (aktuell läuft dazu ein Vernehmlassungsverfahren). Mit den neuen Bestimmungen will man gesetzgeberische Hürden abbauen, Bauherrschaften Rechtssicherheit geben und damit das Weiterbauen an bestehenden Objekten erleichtern.

Teil der Vorlage ist u.a. eine Erleichterungsbestimmung, welche Bauherrschaften beim Bauen im Bestand erlaubt, in einem bestimmten Masse von Vorschriften abzuweichen, wenn sie bestehende Gebäude weiterentwickeln.

### **Vor diesem Hintergrund stellen wir dem Regierungsrat folgende Fragen:**

1. Teilt der Regierungsrat die Ansicht, dass das Erweitern bestehender Gebäude ökologische und wohnkostenrelevante Vorteile hat und deshalb gegenüber dem Abbruch und Neubau gefördert werden sollte?



2. Welche bestehenden Gesetzes- oder Verordnungsartikel wirken sich aktuell hinderlich aufs Bauen im Bestand aus?
3. Plant der Regierungsrat, diese Hürden durch eine Anpassung der Gesetzgebung und Verordnungen abzubauen um das Bauen im Bestand zu erleichtern? Falls ja, mit welcher Priorität will der Regierungsrat dem Kantonsrat eine entsprechende Vorlage unterbreiten?
4. Würde der Regierungsrat Bestrebungen unterstützen, mit denen der Kanton Gemeinden, Planende und Bauherrschaften bei Umbauten und Erweiterungen beraten kann? Wenn ja, sollen solche Beratungen durch die bestehenden Fachstellen erfolgen oder wäre dazu eine neue Fachstelle zu schaffen?
5. Welche zusätzlichen Massnahmen sieht der Regierungsrat vor, um Bauen im Bestand zu fördern?